

PRESSESTATEMENT

Verpasste Chance: Beim Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst ist für Pflegende (zu) wenig drin

Hannover, 30.11.2021

Die jüngst erzielte Einigung im Streit zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und der Gewerkschaft Verdi sieht eine steuerfreie Zahlung nach den Corona Regelungen von 1.300 Euro für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder zum 1. Januar 2022 vor. Eine Lohnerhöhung dagegen kommt erst zum Dezember 2022, und sie bleibt mit 2,8% hinter der gegenwärtigen Inflationsrate von 5% zurück. Ein kleines Lohnplus werden nur wenige Pflegefachpersonen spüren, etwa auf den Intensivstationen der Unikliniken, deren Zulage ab Januar 2022 von 90 auf 150 Euro angehoben wird.

„Dieses Paket als respektablem Erfolg auf dem Weg zu besseren Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen zu verkaufen, ist Augenwischerei“, sagt Martin Dichter, der Vorsitzende des DBfK Nordwest. „Eine Einmalzahlung ist keine nachhaltige Verbesserung des Lohngefüges und sie taugt auch nicht als Inflationsausgleich. Wir werden sehen, ob sie wirklich bei allen Beschäftigten ankommt und nicht wie die vollmundig ausgelobte Corona Prämie im vergangenen Jahr an bestimmte Bedingungen geknüpft ist. Dieser Tarifabschluss ist kein echter Erfolg, sondern eine Mogelpackung.“

Statt der darin enthaltenen Tappschritte hätte es laut DBfK einen großen Schritt hin zu einem Einstiegsgehalt von 4.000 Euro für Pflegefachpersonen gebraucht, und eine deutliche – auch finanzielle – Anerkennung von durch Weiterbildungen und akademische Abschlüsse erworbener Fachexpertise.

„Was diese aktuelle Tarifeinigung wieder deutlich zeigt: beruflich Pflegende sind viel zu wenig gewerkschaftlich organisiert, als dass Verdi wirklich Durchschlagskraft entfalten kann“, so Martin Dichter. „Mit dieser gewerkschaftlichen Vertretung allein wird sich die Situation von Pflegenden nicht verbessern, jetzt genau so wenig wie in Zukunft. Ergänzend brauchen wir flächendeckend Pflegeberufekammern, um alle Pflegefachpersonen unter ein Dach zu bekommen und um damit auch den Organisationsgrad in den Gewerkschaften zu erhöhen. Und es muss endlich einen Schulterschluss geben zwischen Gewerkschaften, Berufsverbänden und Pflegeberufekammern. Nur gemeinsam erreichen wir echte und nachhaltige Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen für die Profession beruflich Pflegenden und für die Menschen in unserem Land, die auf pflegerische Versorgung angewiesen sind.“

Regionalverband Nordwest**Bödekerstraße 56
30161 Hannover****Ansprechpartnerin:
Katharina von Croy****T +49 511 696844-0
F +49 511 696844-299****presse-nordwest@dbfk.de
www.dbfk.de**

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die berufliche Interessenvertretung der Gesundheits- und Krankenpflege, der Altenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Der DBfK ist deutsches Mitglied im International Council of Nurses (ICN) und Gründungsmitglied des Deutschen Pflegerates (DPR).